

Öffentliche Bekanntmachung

Es findet eine Sitzung des Orsrates Bruchhof-Sanddorf am Montag, 01.06.2026 um 19:00 Uhr, Aula der Grundschule Bruchhof-Sanddorf, Rosenstraße 22, 66424 Homburg statt.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1) Eröffnung der Sitzung
- 2) Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 15.01.2026
- 3) Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 02.03.2026
- 4) Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 20.04.2026
- 5) Rückbau der Kneippschen Wassertretanlage im WaldPark Schloss Karlsberg in der Nähe des Karlsbergweihers
- 6) Mittelanmeldung für den Haushalt 2027 des Orsrates Bruchhof-Sanddorf
- 7) Zuwendungen aus dem Orsratsbudget 2026
- 8) Unterrichtungen
 - 8.1) Prüfergebnis zu: Antrag der SPD-Fraktion: Aufstellung von Hundekotbeutel-
pendern (2026/0153/100)
 - 8.2) Bestandsaufnahme der Beleuchtungssituation im öffentlichen Raum
- 9) Allgemeine Unterrichtungen

Nichtöffentlicher Teil

- 10) Genehmigung der Niederschrift der nichtöffentlichen Sitzung vom 15.01.2026
- 11) Genehmigung der Niederschrift der nichtöffentlichen Sitzung vom 02.03.2026
- 12) Genehmigung der Niederschrift der nichtöffentlichen Sitzung vom 20.04.2026
- 13) Allgemeine Unterrichtungen

Thomas Morsch
Ortsvorsteher

2026/0272/41

öffentlich

Informationsvorlage

41 - Kultur- u. Tourismus

Bericht erstattet: Christoph Neumann



Rückbau der Kneippschen Wassertretanlage im WaldPark Schloss Karlsberg in der Nähe des Karlsbergweihers

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Ortsrat Bruchhof-Sanddorf (Kenntnisnahme)	01.06.2026	Ö

Sachverhalt

Im Waldpark Schloss Karlsberg befindet sich neben dem Karlsbergweiher seit Jahrzehnten eine Kneippsche Wassertretanlage. Sie wurde seinerzeit vom Kneippverein gebaut und bis vor einigen Jahren betrieben und gepflegt. Mittlerweile hat sich der Kneippverein aufgelöst und die Wassertretanlage bietet keinen präsentablen Anblick mehr. Sie wird seitdem auch nicht mehr in einem verkehrssicheren Zustand gehalten, der jedoch absolut notwendig für das Betreten der Anlage durch Nutzerinnen und Nutzer ist.

Dieses Themas hat sich die Lenkungsgruppe WaldPark Schloss Karlsberg nun in ihrer Sitzung vom 07.05.2026 angenommen. Die Wassertretanlage befindet sich auf dem Grundstück des Saarforsts, der während der Sitzung noch einmal auf die fehlende Verkehrssicherheit der Anlage und deren unschönen Anblick hingewiesen hat. Der Vertreter des Saarforsts hat klar zum Ausdruck gebracht, dass die Anlage nicht betrieben werden darf, solange sie sich nicht in einem für Nutzerinnen und Nutzer ungefährlichen Zustand befindet.

In der Lenkungsgruppe wurde nun beschlossen, die Wassertretanlage still zu legen und zeitnah zurückzubauen. Gleichzeitig wurde gebeten, den Ortsrat Bruchhof-Sanddorf über die geplante Maßnahme zu informieren.

Der Ortsrat wird gebeten, die geplante Maßnahme zur Kenntnis zu nehmen.

Finanzielle Auswirkungen

keine

Anlage/n

- 1 Schreiben Saarforst Rückbau Wassertretbecken (öffentlich)



Saarforst Landesbetrieb
Von der Heydt 12 • 66115 Saarbrücken

Saarpfalzkreis
Stadt Homburg

Per E-Mail entsprechend Verteiler

**Geschäftsbereich 2,
Holzvermarktung, Jagd und Fischerei**

Bei Rückfragen
wenden Sie sich bitte an:

Bearbeitung: S. Erfurt
Zeichen: FR 20 VS Kneippanlage
Tel.: 0681 9712 123
Fax: 0681 9712 150
E-Mail: poststelle@sfl.saarland.de
Mailadresse

Datum: 12. Mai 2026

Mitteilung Karlsberg Rückbaumaßnahme Verkehrssicherung Kneippanlage

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit möchte Sie der SaarForst Landesbetrieb über folgende Maßnahme im Forstrevier 20 Karlsberg informieren.

Aufgrund des aktuellen Zustandes und drängenden Verkehrssicherungspflichten des Grundeigentümers bei atypischen Gefahren, insbesondere bei baulichen Anlagen, erfolgt zeitnah der Rückbau des Kneippbeckens oberhalb des Karlsbergweiher. Den Standort finden Sie über nachstehenden Link:
<https://maps.app.goo.gl/Y6CsaEj9jLM7favC6>

Die aktuelle Situation vor Ort wurde in der letzten Sitzung der Lenkungsgruppe WaldPark Schloss Karlsberg diskutiert und der Rückbau des Kneippbeckens sowohl durch die Mitglieder der Lenkungsgruppe als auch durch den SaarForst Landesbetrieb als Grundstückseigentümer beschlossen. Diese Entscheidung ist dabei allen Teilnehmern nicht leichtgefallen, die sachliche Abwägung lässt jedoch nur dieses Ergebnis zu.

Begründung:

- **Verkehrssicherung**

Die VS-Kontrolle bei baulichen Einrichtungen im Wald hat verpflichtend zwei Aspekte zu umfassen:

1. Kontrolle des umgebenden Baumbestandes

Thomas Steinmetz, Direktor
SaarForst Landesbetrieb
Von der Heydt 12
66115 Saarbrücken

Bankverbindung: SaarLB
IBAN: DE66 5905 0000 0020 0224 48
BIC: SALADE55XXX



2. Technisch-baufachliche Prüfung der baulichen Einrichtung

Zu 1. Das Umfeld des Kneippbeckens ist durch alte und imposante Bäume geprägt. Diese weisen durch ihr Alter unterschiedliche Habitat- und altersbedingte Versagenskriterien auf. Eine Entnahme beziehungsweise ein Rückschnitt dieser Bäume zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit im Umfeld des Kneippbeckens würde zum einen die Zunahme von Risiken durch Pilzbefall und Fäule mit sich bringen und zum anderen einen erheblichen Eingriff und Veränderung des Waldbildes im besagten Bereich nach sich ziehen. Die Dynamik von Absterbeprozessen ist dabei nur unzureichend kalkulierbar. Dieser Eingriff würde in keiner Relation zur mittlerweile sehr geringfügigen Nutzung des Kneippbeckens stehen.

Zu 2. Eine technisch-baufachliche Prüfung der baulichen Einrichtung kann von Seite des SaarForst Landesbetriebes nicht durchgeführt werden.

- **Renovierung und Unterhaltung**

Weder die notwendige Renovierung noch die sehr aufwändige Unterhaltung des Kneippbeckens können durch den SaarForst Landesbetrieb, und im Ergebnis der Gespräche durch andere Mitglieder im Kreis sichergestellt werden. Eine Sicherheit für Benutzer und dauerhafte Gewährleistung einer Unfallfreiheit können bei voranschreitenden Veränderungen nicht gewährleistet werden.

Die Maßnahme zur Erhaltung der Verkehrssicherheit und Vermeidung von Schäden wird zeitnah durchgeführt werden.

Für Rückfragen steht Ihnen die Zentrale des SaarForst Landesbetriebes unter poststelle@sfl.saarland.de zur Verfügung.

Für kurzfristige Termine zur persönlichen Inaugenscheinnahme steht Unterzeichner unter 0171 6205 475 zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung



S. Erfurt, Geschäftsbereich 2

2026/0244/100

öffentlich

Beschlussvorlage

100 - Hauptabteilung

Bericht erstattet: Thomas Morsch



Mittelanmeldung für den Haushalt 2027 des Orsrates Bruchhof-Sanddorf

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Ortsrat Bruchhof-Sanddorf (Entscheidung)	01.06.2026	Ö

Beschlussvorschlag

Der Ortsrat bittet die Verwaltung um Prüfung, ob die nachfolgenden Vorschläge für das Haushaltsjahr 2027 umsetzbar sind:

- a)
- b)
- c)

Sachverhalt

Bis Mitte Juli werden die Fachämter und Fachabteilungen gebeten, die Mittelanmeldungen bei der Kämmerei einzureichen. Damit die Vorschläge der Ortsräte in der Haushaltsansatzplanung berücksichtigt werden können, müssen diese formuliert und als Prüfauftrag beschlossen werden. Das Hauptamt leitet diese Prüfaufträge an die Fachämter und Fachabteilungen weiter. Diese prüfen die Umsetzbarkeit der Vorschläge, ermitteln die Kosten und lassen sie in die Mittelansatzplanungen (laufende Verwaltung beziehungsweise investive Maßnahmen) einfließen.

Die Fachämter und Fachabteilungen können nach der Haushaltsklausurtagung zu den Beschlüssen Stellung nehmen, indem sie die Ortsräte darüber informieren, in welchem Haushaltsjahr Haushaltsmittel veranschlagt sind und wann gegebenenfalls eine Umsetzung der Maßnahme erfolgen kann.

Finanzielle Auswirkungen

Anlage/n

Keine

2026/0271/100

öffentlich

Beschlussvorlage

100 - Hauptabteilung

Bericht erstattet: Thomas Morsch



Zuwendungen aus dem Ortsratsbudget 2026

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Ortsrat Bruchhof-Sanddorf (Entscheidung)	01.06.2026	Ö

Beschlussvorschlag

Der Ortsrat beschließt folgende Zuwendungen aus dem Ortsratsbudget:

- a) 500,00 € für die Einrichtung einer Graffiti-Zone sowie Künstler an der Grundschule
- b) 800,00 € für die Bruchhofer Kerb 2026

Sachverhalt

Finanzielle Auswirkungen

1.000,00 €

Anlage/n

Keine

2026/0257/100

öffentlich

Informationsvorlage

100 - Hauptabteilung

Bericht erstattet: Thomas Morsch



Prüfergebnis zu: Antrag der SPD-Fraktion: Aufstellung von Hundekotbeutelspendern (2026/0153/100)

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Ortsrat Bruchhof-Sanddorf (Kenntnisnahme)	01.06.2026	Ö

Sachverhalt

Der Ortsvorsteher trägt das Prüfergebnis vor.

Finanzielle Auswirkungen

Anlage/n

Keine

2026/0289/100

öffentlich

Informationsvorlage

100 - Hauptabteilung

Bericht erstattet: Die Ortsvorsteherin/Der Ortsvorsteher



Bestandsaufnahme der Beleuchtungssituation im öffentlichen Raum

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Ortsrat Einöd (Kenntnisnahme)	28.05.2026	Ö
Ortsrat Erbach (Kenntnisnahme)	28.05.2026	Ö
Ortsrat Wörschweiler (Kenntnisnahme)	01.06.2026	Ö
Ortsrat Bruchhof-Sanddorf (Kenntnisnahme)	01.06.2026	Ö
Ortsrat Kirrberg (Kenntnisnahme)	02.06.2026	Ö
Ortsrat Beeden (Kenntnisnahme)	02.06.2026	Ö
Ortsrat Jägersburg (Kenntnisnahme)	03.06.2026	Ö
Ortsrat Reiskirchen (Kenntnisnahme)	03.06.2026	Ö
Ortsrat Schwarzenbach (Kenntnisnahme)	08.06.2026	Ö
Ortsrat Homburg (Kenntnisnahme)	08.06.2026	Ö

Sachverhalt

In seiner Sitzung vom 26. März 2026 hat der Stadtrat auf Antrag der SPD-Fraktion beschlossen, dass die Beleuchtungssituation im öffentlichen Raum überprüft werden soll, um schlecht beleuchtete Wege oder Plätze zu erfassen. Ebenfalls beschlossen wurde die Einbeziehung aller Ortsräte, da diese am besten wissen, welche Stellen in ihrem Gemeindebezirk schlecht oder unzureichend beleuchtet sind und dementsprechend einer Verbesserung bedürfen.

Gemäß § 73 Absatz 2 Satz 3 KSVG soll der Ortsrat zu denjenigen Fragen Stellung nehmen, die ihm vom Gemeinderat, einem Ausschuss oder vom Oberbürgermeister vorgelegt werden.

Die Ortsräte werden daher gebeten, bis zur nächsten Sitzungsrunde Ende August 2026 die schlecht beleuchtete Wege und Plätze in ihrem Gemeindebezirk zu erfassen und der Verwaltung mitzuteilen.

Finanzielle Auswirkungen

Anlage/n

- 1 Niederschriftsauszug SR 26.03.2026 (öffentlich)



Beschlussauszug

Sitzung des Stadtrates vom 26.03.2026

Öffentlicher Teil

Top 5 Antrag der SPD-Fraktion: Mehr Sicherheit im öffentlichen Raum – Dunkle Wege und Plätze erfassen und Beleuchtung verbessern

RM Lohel erklärt, die Bürger fühlten sich unsicher, insbesondere gehe es um Frauen, ältere Menschen und Menschen mit Einschränkungen. Sicherheit im öffentlichen Raum sei Grundvoraussetzung für Teilhabe, Freiheit und Lebensqualität. Gerade im Umfeld des Bahnhofes sei das ein Problem. Hier gebe es zahlreiche Defizite. Solche Mängel ließen sich in allen Stadtteilen finden. Der Ortsvorsteher von Einöd habe bereits dunkle Orte gemeldet. Alle Ortsräte würden sich schon länger mit der Thematik beschäftigen. Man schlage daher ein systematisches Vorgehen vor. Auch dort, wo die Zuständigkeiten beispielsweise bei der Deutschen Bahn lägen, solle die Stadt Verbesserungen einfordern. Sicherheit im öffentlichen Raum betreffe insbesondere Frauen. Daher habe man den Antrag bewusst im März, im Monat des Internationalen Frauentages, eingebracht. Niemand solle sich in Homburg unsicher fühlen müssen, weil es zu dunkel sei.

RM Christine Maurer erklärt, dass Frauen sich nicht gehört fühlten. Diese würden unsichtbar gemacht. Auf der Homepage der Stadt gebe es auf Fotos eine Überzahl von Männern.

RM Stolz-Fernandez erklärt, der Weltfrauentag sei zwar am 08. März, Gleichberechtigung müsse allerdings das ganze Jahr über stattfinden. Hierbei sei die Sicherheit ein zentraler Teil von Gleichberechtigung. Sicherheit sei kein Privileg, sondern ein Grundrecht. Männer würden sich kaum Gedanken um Sicherheit machen, für Frauen gehörten Gedanken hieran allerdings zum Alltag. Straßenlampen seien defekt und Parkplätze und Wege dunkel. Man habe sich die politische Teilhabe und die Gleichberechtigung erkämpft und müsse diese aktiv weiter gestalten. Auf kommunaler Ebene müsse man alles so gestalten, dass sich jeder sicher fühlen könne. Es gehe nicht nur um Symbolpolitik, sondern um konkrete Verbesserungen im Alltag der Menschen in Homburg.

Der Bürgermeister erklärt, es gehe um die Sicherheit aller Menschen. Die Stadt Homburg sei Mitglied in der LEG. Mit der Thematik müsse man sich intensiv beschäftigen. Gemeinsam mit dem Beigeordneten Fuchs müsse man sich Gedanken ma-

chen.

RM Rippel sagt, Sicherheit sei ein Menschenrecht und gehe alle an. Sicherlich betreffe diese Problematik mehr Frauen als Männer. Homburg sei allerdings kein Hotspot diesbezüglich. Da es um das gesamte Stadtgebiet gehe, müsse man die Ortsräte mit einbinden. Subjektive Sicherheit bedeute auch Sauberkeit. Er hätte gern wieder den Trupp „Saubere Stadt“ des Baubetriebshofes. Man müsse den Kommunalen Ordnungsdienst weiter stärken. Die Umstellung der Beleuchtung auf LED sei wichtig gewesen. Auch auf dem Gelände der Uniklinik sei es hinsichtlich der Beleuchtung problematisch. Hier müsse man mit dem Land in Gespräche treten.

RM Spaniol berichtet, dass die Stadt stark nachgerüstet habe. Man müsse für eine bessere Ausleuchtung sorgen. Man brauche ein Konzept, wie Leute sich an Orten im öffentlichen Raum sicherer fühlen können. An diesen dunklen Stellen seien sogenannte Angsträume entstanden, die man nicht mehr aufsuche. Es gehe nicht nur um die Beleuchtung. Insgesamt gehe es hierbei um das Thema Stadtentwicklung. Man solle diesen Antrag in die Ortsräte verweisen und Lösungen finden.

RM Loew sagt, es handele sich um eine Mammutaufgabe für die Verwaltung. Daher unterstütze er ausdrücklich eine Verweisung in die Ortsräte. Maßnahmen, die geeignet seien, die öffentliche Sicherheit zu verbessern, würde man grundsätzlich unterstützen.

RM Eckardt sagt, man dürfe dieses Thema nicht zugunsten eigener Interessen ausschlagen.

RM Bruch sagt, man dürfe das Thema nicht kleinreden. Man müsse dies weiter in den Ortsräten und dem Ausschuss bearbeiten. Diese Thematik betreffe nicht bloß die Innenstadt.

RM Uhl erklärt, dass die Ortsräte die dunklen Orte und auch die Beschwerden der Bürgerinnen und Bürger, die bei übermäßiger Beleuchtung kämen, kennen würden. Beispielsweise sei die Beleuchtung am Zebrastreifen in der Steinbachstraße bereits länger defekt.

RM Piazzolo findet, man müsse hier die Menschen fragen, die vor Ort seien. Diese würden ihren Ort am besten kennen. Vulnerable Gruppen seien am stärksten betroffen. Hier müsse man eine Priorisierung vornehmen.

RM Eckhardt berichtet, dass der Ortsrat Homburg schon öfter Anträge bezüglich nicht funktionierender Lampen gestellt habe.

RM Kaya-Karadag findet es gut, dass das Thema positiv begleitet würde. Man sei auf einer höheren Ebene, als wenn dieses Thema nur in den Ortsräten besprochen würde und habe so eine größere Reichweite. Man wisse, dass es in der Stadt dunkel sei. Dies betreffe die gesamte Stadt. Man müsse das Thema also größer aufziehen. Sie sei enttäuscht, dass sich der Beigeordnete für Sicherheit nicht zu dem Thema geäußert habe.

RM Rippel findet, ein Wortbeitrag vom Beigeordneten Fuchs sei nicht unbedingt erforderlich. Er selbst spreche schließlich für die gesamte Fraktion. Man werde RM Fuchs natürlich einbinden.

RM Conigliaro sagt, er sei erfreut, dass die Zustimmung groß sei. Man wolle dem Vorschlag folgen und mit dem Antrag eine Runde durch die Ortsräte drehen.

Beschluss:

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung unter Einbeziehung aller Ortsräte

1. Eine Bestandsaufnahme der Beleuchtungssituation im öffentlichen Raum vorzulegen und insbesondere schlecht oder unzureichend beleuchtete Wege, Plätze und Aufenthaltsbereiche im Stadtgebiet systematisch zu erfassen.

2. Dabei insbesondere Bereiche mit hohem Publikumsverkehr zu berücksichtigen, unter anderem:

- das Bahnhofsumfeld
- Wege zu Haltestellen des öffentlichen Nahverkehrs
- Unterführungen, Fußwege und Parkanlagen, Park- und Aufenthaltsflächen
- öffentliche Plätze

sowie

3. Auf Grundlage dieser Bestandsaufnahme dem Stadtrat ein konkretes Maßnahmenkonzept zur Verbesserung der Beleuchtung vorzulegen. Dieses soll Prioritäten, Zeitplan sowie eine Kostenschätzung enthalten.

4. Im Rahmen dieses Konzepts insbesondere zu prüfen, in welchen Bereichen eine Nachrüstung oder Verbesserung der Beleuchtung mit moderner, energieeffizienter LED-Technik zeitnah umgesetzt werden kann.

5. Dort, wo Flächen nicht in der originären Zuständigkeit der Stadt liegen – insbesondere im Verantwortungsbereich der Deutschen Bahn – gegenüber den zuständigen Stellen konkrete Verbesserungen der Beleuchtung einzufordern und sich nachdrücklich für eine zeitnahe Umsetzung einzusetzen.

6. Dem Stadtrat zeitnah über die Ergebnisse der Bestandsaufnahme sowie über die vorgesehenen Maßnahmen zu berichten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Der Auszug entspricht dem Inhalt der Beratung.

Homburg, den 18. Mai 2026

Kreisstadt Homburg
Der Oberbürgermeister

